

P R E S S E M E L D U N G

Geplante Deponie Steinbruch Mainz-Laubenheim: Bürgerinitiative nimmt Stellung zu den aktuellen Deponieplänen

Die Bürgerinitiative Mainz21 Nein zur Mülldeponie in Mainz e.V. (BI) bezieht sich auf die Meldung der Stadt Mainz vom 13. April 2022 „Pressemitteilung: Projekt „Deponie Steinbruch Laubenheim“ wird aufgrund geänderter Rahmenbedingungen beendet“.

„Mit Interesse haben wir die Pressemeldung der Stadt gelesen und freuen uns über die Entscheidung zur Beendigung der Deponie. Frau Steinkrüger beweist aus unserer Sicht nach relativ kurzer Zeit im Amt, wie sensibel das Thema Deponie ist. Sicherlich hat sie erkannt, dass in unmittelbarer Nähe zu einem Wohngebiet mit Kindern keine Deponie betrieben werden kann.“ sagt Antonio Sommese BI Sprecher.

„In den vergangenen Jahren gab es viele Änderungen zur Errichtung und dem Betrieb von Deponien, neue Grenzwerte und Vorgaben müssen erfüllt bzw. bewertet werden. Viele unserer Bedenken und vorgetragenen Hinweise haben die Stadt und wohl auch die Behörde veranlasst, die Deponieplanung in neuem Licht zu sehen“ ergänzt Dr. Gitta Weber weiter.

Die BI würde sich gerne mit der Mainzer Dezernentin Frau Janina Steinkrüger von den Grünen zu einem Gespräch über das weitere Vorgehen austauschen.

Bis jetzt plante die Stadt Mainz eine Sonderabfalldeponie für die Deponieklassen I und II im Steinbruch Mainz-Laubenheim zu errichten. Die BI lehnt die Deponie weiter strikt ab. Wir möchten die dort lebenden Menschen und die dortige Umwelt keinen zusätzlichen, nicht kalkulierbaren Risiken ausgesetzt wissen. Daher bestehen wir auf einer Verfüllung des Steinbruchs mit unbelastetem Erdaushub wie ursprünglich von der Stadt gegenüber der HeidelbergCement gefordert und genehmigt bzw. den Steinbruch direkt in ein Naherholungsgebiet zu verwandeln.



Datum: 13.04.2022

Zeichen: AS

Anschrift
Martin Wilitzki
Dora-Scherf-Str. 38
55130 Mainz

Telefon 0151/ 230 710 87

E-Mail: martin.wilitzki@web.de

Homepage:
<http://www.mainz21.de>



13. April 2022

Pressemitteilung: Projekt „Deponie Steinbruch Laubenheim“ wird aufgrund geänderter Rahmenbedingungen beendet

(rap) Kooperationsgespräche mit ELW / Asbestbelastete Hochbrücke kann bei Niederlegung nicht im Steinbruch entsorgt werden / Hechtsheimer Höhe: Zeitaufwändige hydrologische Gutachten zu Hangstabilität notwendig

Das Projekt des Baus einer Deponie im Steinbruch Mainz-Laubenheim wird aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen beendet. Der Steinbruch wird nun weiterhin mit unbelastetem Bodenaushub verfüllt.

Warum war man in das Projekt gestartet?

Seit dem Jahr 2010 verfügte die Landeshauptstadt Mainz über keine eigene Deponie, auf der man nicht brennbare, nicht verwertbare Bauabfälle ablagern kann. Daher reagierte der Entsorgungsbetrieb als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und suchte entsprechend seiner gesetzlichen Verpflichtung nach einer Lösung für mineralische Abfälle aus der Landeshauptstadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Ziel war es dabei, für Mainzer Bürger:innen, die Stadtverwaltung selbst als auch Gewerbeunternehmen, die bauen wollten, zu fairen, angemessenen Preisen, auf kurzen und wenig umweltbelastenden Transportwegen eine lokale Lösung anzubieten.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnte 2015 die Annahme der mineralischen Abfälle aus Mainz auf Anfrage des Entsorgungsbetriebes ab. Andere Entsorgungsmöglichkeiten, zu denen Gespräche in der Vergangenheit stattfanden, hatten den Nachteil von langen Transportwegen oder erhöhten Entsorgungspreisen. Seinerzeit war auch die Zukunft der Deponie in Framersheim ungewiss.

In Wiesbaden wurden in der Zwischenzeit drei Planfeststellungsverfahren zur Schaffung zusätzlicher Entsorgungskapazitäten durchgeführt. Der Entsorgungsbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) erklärte aktuell, dass die Erweiterung der Dyckerhoff-Deponie genehmigt wurde. Dadurch stehen regional neue Entsorgungskapazitäten zur Verfügung. Aus diesem Grunde ist die Landeshauptstadt Mainz erneut auf den ELW zugegangen und hat Verhandlungen über eine interkommunale Zusammenarbeit aufgenommen.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt
Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de



Hinzu kommt: Die Mainzer Deponie wurde immer als Entsorgungsmöglichkeit für die Mombacher Hochstraße vorgesehen. In der Diskussion um den Bau der Deponie im Laubenheimer Steinbruch schloss der Stadtrat trotz Zulässigkeit nach der Deponieverordnung Asbest und Schlacke aus der Müllverbrennungsanlage aus. Neueste Untersuchungen der Mombacher Hochstraße weisen eine Belastung des Bauwerks mit Asbest nach. Es ist davon auszugehen, dass das Bauwerk baugleich mit der Hochstraße in Ludwigshafen ist. Dies bedeutet, dass das Asbest so in der Hochstraße verbaut ist, dass eine Abtrennung der Asbestbestandteile nicht möglich ist. Damit ist eine Ablagerung im Laubenheimer Steinbruch durch den Stadtratsbeschluss ausgeschlossen.

Im Laufe des Bebauungsplanverfahrens zur Hechtsheimer Höhe (He 130) kam zudem durch hydrologische Gutachten die Frage nach der Stabilität des Hangs auf. Hierzu werden aktuell weitere Untersuchungen durchgeführt, für eine zusätzliche Stabilisierung kann je nach Ergebnis auf verschiedene technische Lösungen zurückgegriffen werden.

Nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde SGD Süd stellt dies kein K.o.- Kriterium für die Planungen zum Bau der Deponie dar, allerdings sind die weiteren notwendigen Untersuchungen sehr zeitintensiv. Wie sich dies auf die Investitionskosten auswirken würde, ist wiederum

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



derzeit nicht absehbar.

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz und die Verwaltung hatten seinerzeit eine zeitnahe Verfüllung zugesagt und dies im damaligen Stadtratsbeschluss mit aufgenommen. Aufgrund der geänderten Entsorgungsmöglichkeiten in Wiesbaden, der asbestbelasteten Hochbrücke sowie der zeitlichen Komponente durch zusätzlich erforderliche Gutachten und den damit verbundenen Verzug für die Rekultivierung des Steinbruchs hat sich das Umweltdezernat daher entschieden, das Projekt Deponie im Laubenheimer Steinbruch zu beenden.

„Es bleibt zu hoffen, dass auf Bundesebene - und dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Klimaneutralität - der künftige Einsatz von Recyclingbaustoffen deutlich stärker an Fahrt aufnimmt und deren Verwendung künftig gesetzlich vorgeschrieben wird. Der Entsorgungsbetrieb ist sowohl mit dem Umweltbildungszentrum als auch dem neuen Verwaltungsgebäude hier einen vorbildlichen Weg gegangen, der aber leider immer noch die Ausnahme darstellt“, betont Umweltdezernentin Janina Steinkrüger abschließend.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt
Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de



Mittwoch, 13.04.2022 - 13:18

63 3 min

Keine Bauschuttdeponie im Laubenheimer Steinbruch

Eigentlich sollte in Laubenheim eine Deponie für Bauschutt aus Mainz entstehen. Neben Widerstand aus der Bevölkerung gibt es nun mehrere Gründe, warum das Projekt scheitert.

Von **Carina Schmidt**

Lokalredakteurin Mainz



11,2 Hektar des rund 56 Hektar großen Steinbruchs sollten eigentlich für mineralische Abfälle zur Verfügung gestellt werden. Nun soll das Vorhaben abgeblasen werden. (Foto: Sascha Kopp)

MAINZ - Eine Nachricht wie ein Paukenschlag: Das Vorhaben einer Bauschuttdeponie für die Deponieklassen (DK) I und II im Laubenheimer Steinbruch soll doch nicht umgesetzt werden. Wie Umweltdezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) am Mittwoch informierte, werde sie dem Stadtrat noch vor der Sommerpause vorschlagen, das 2015 beschlossene Projekt zu beenden.

Verhandlungen zur interkommunalen Zusammenarbeit

Drei Gründe nannte die Grünen-Politikerin für diese Empfehlung. Erstens: In Wiesbaden stehe die Entscheidung kurz bevor, die Dyckerhoff-Deponie um DK I zu erweitern. Die Stadt Mainz habe deshalb Verhandlungen über die interkommunale Zusammenarbeit aufgenommen, um Mainzer DK I-Bauschutt in Wiesbaden zu entsorgen. Für DK II-Bauschutt könnte die Deponie in Framersheim in Betracht kommen, die ihre Kapazitäten ebenfalls erweitern wolle.

ANZEIGE

Dieser Inhalt stammt aus einer externen Quelle, der Sie aktiv zugestimmt haben. Ihre Zustimmung ist 24 Stunden gültig. Sollten Sie Ihre Zustimmung vorher widerrufen möchten, können Sie dies jederzeit über den Cookie-Widerruf anpassen.



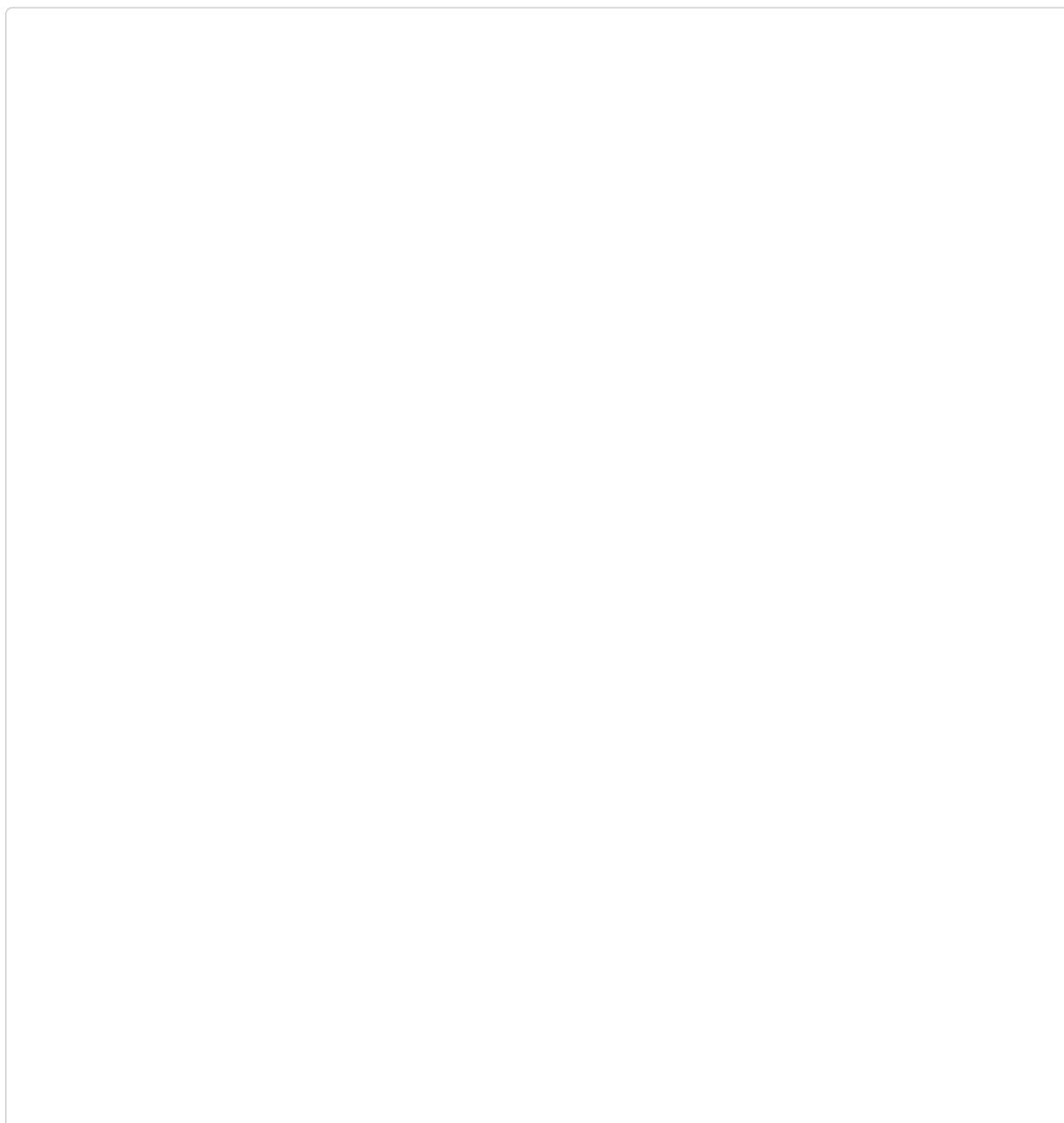
VERKNÜPFTE ARTIKEL

- › Mainz-Hechtsheim: Keine Radwege im Wirtschaftspark
 - › Sinkt die Zahl der geförderten Wohnungen in Mainz?
 - › Entlang des Steinbruchs in Weisenau
-

Zweitens: Für den Mainzer Steinbruch war unter anderem die Entsorgung der maroden Mombacher Hochbrücke vorgesehen. Laut neuesten Untersuchungen sei das Bauwerk – ähnlich wie die Hochstraße in Ludwigshafen – aber mit Asbest belastet. „Die Ablagerung von Asbest ist für

den Steinbruch aber ausgeschlossen worden“, sagte die Umweltdezernentin. Ergo könnte die Stadt den Bauschutt von einer der größten eigenen Baustellen nicht in der eigenen Deponie entsorgen.

Der dritte Grund: Im Laufe des Bebauungsplanverfahrens zur Hechtsheimer Höhe sei beim hydrologischen Gutachten herausgekommen, dass die Stabilität des Hanges nicht der europäischen Norm entspreche. Aktuell würden Untersuchungen für die zusätzliche Stabilisierung durchgeführt. Zwar stelle diese Erkenntnis nach Einschätzung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD) kein K.o.-Kriterium für den Deponiebau dar, allerdings würde sich das gesamte Verfahren weiter in die Länge ziehen und das Investitionsvolumen erhöhen. Wie hoch sei unklar, sagte der Leiter der Werkleiter des Entsorgungsbetriebs Michael Potthast. Die Gesamtkosten lägen aktuell aber im zweistelligen Millionenbereich.



11,2 Hektar für Bauschutt waren geplant

Wie mehrfach berichtet, hatte der Stadtrat 2015 unter der Ampelkoalition den Weg für die geplante Bauschuttdeponie frei gemacht. Seitdem die Deponie in Budenheim 2010 geschlossen wurde, haben die Stadt Mainz und der Landkreis Mainz-Bingen keine eigene Deponie mehr. Für die geplante neue Deponie sollten 11,2 Hektar von dem rund 56 Hektar großen Laubenheimer Steinbruch zur Verfügung gestellt werden. Die prognostizierte Laufzeit: 16 Jahre.

Dieser Inhalt stammt aus einer externen Quelle, der Sie aktiv zugestimmt haben. Ihre Zustimmung ist 24 Stunden gültig. Sollten Sie Ihre Zustimmung vorher widerrufen möchten, können Sie dies jederzeit über den Cookie-Widerruf anpassen.



Ausführliche Vorgeschichte

- Die Entscheidung fiel unter Steinkrügers Vorgängerin Katrin Eder (Grüne). Vorbereitet wurde das Genehmigungsverfahren schon unter der Ägide von deren Vorgänger Wolfgang Reichel (CDU). Nachdem HeidelbergCement 2004 den Abbau im Steinbruch eingestellt hatte, wurde das Gelände inklusive Steinbruch vom Mainzer Entsorgungsbetrieb gekauft. Mit der Auflage, den Steinbruch zu verfüllen und anschließend zu renaturieren. Verfüllt wird bislang nur mit unbelastetem Bauschutt.
- Seit 2015 kämpft die Bürgerinitiative „Mainz 21 – Nein zur Mülldeponie in Mainz“ gegen die Deponie. Ihre Kritikpunkte: Der Bauschutt sei für die Anwohner gesundheitsschädlich, der Abstand der Deponie zum Wohngebiet sei zu gering und die Häuser würden an Wert verlieren.
- Im Dezember 2019 wurden schließlich beim Planfeststellungsverfahren die Einwendungen gegen die Deponie diskutiert. Der damalige Werkleiter Hermann Winkel kündigte die Überarbeitung des Projektes an. Weitere Gutachten mussten eingereicht und Einwendungen von der BI mussten überprüft werden. Auch auf die hydrologischen Gegebenheiten und die Hangstabilität wurde hingewiesen. Die BI kündigte an, gegen die geplante Deponie klagen zu wollen. Seitdem hieß es seitens SGD Süd und Stadt bei Anfragen zu dem Vorhaben immer: Man befinde sich noch im Abstimmungsprozess.



Laut Steinkrüger hat die Stadt bislang rund 1,2 Millionen Euro investiert. Stand jetzt dürfte die weitere Verfüllung mit unbelastetem Erdaushub 10 bis 15 Jahre dauern. Ein Baggersee, wie ihn manch einer vorgeschlagen hatte, werde es aber nicht geben. „Das geht allein schon deshalb nicht, weil das Grundwasser geschützt werden muss“, machte die Dezernentin deutlich.

Gitta Weber von der BI zeigte sich über die Entscheidung „im Sinne der Tiere, Pflanzen und Anwohner“ erleichtert. Dennoch wolle die BI zunächst den Stadtratsbeschluss abwarten.

Lesen Sie auch: Im Weisener Steinbruch soll eine Deponie entstehen

Alexander Quiz, Vorsitzender der Weisener SPD, wertete die Nachricht als einen Schritt für die „Lebensqualität“. Ortsvorsteher Ralf Kehrein (SPD), klarer Gegner der Deponie, ergänzte: „Unser Engagement hat sich gelohnt.“ Die Co-Vorsitzende der Mainzer SPD, Mareike von Jungenfeld, betonte: „Neue Erkenntnisse erfordern neues Nachdenken und neue Entscheidungen.“ ÖDP-Fraktionsvorsitzender Claudius Moseler sagte: Das „sture Festhalten“ der Ampel-Fraktionen und der CDU im Stadtrat für die Deponie erweise sich nun offenbar als „schwerer Fehler.“ Doch auch die CDU begrüßte die Entscheidung. Kreisvorsitzender Thomas Gerster sagte: „Die Stadt hat sich mit dem Projekt verrannt.“

Das könnte Sie auch interessieren: Deshalb lehnt die Stadt den Vorschlag zum Baggersee ab

Steinkrügers Vorgängerin Eder, inzwischen rheinland-pfälzische Klimaschutzministerin, wertete die Entscheidung als keine Niederlage für sich. Als Umweltdezernentin habe sie das Projekt immer aus abfallwirtschaftlicher Verantwortung heraus unterstützt, möglichst ortsnahe zu entsorgen. „Aber ich habe auch immer betont, dass Genehmigungsverfahren wirkliche Genehmigungsverfahren sind“, betonte Eder. „Das heißt: Wenn sich innerhalb des Verfahrens neue Sachverhalte eröffnen, dann muss das Projekt gegebenenfalls neu bewertet werden.“

NEWSLETTER